

-flu- LIMBURG. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr wird am 26. November in einer Sondersitzung über die Trasse einer Südumgehung entscheiden. Danach wird die Stadtverordnetenversammlung den endgültigen Beschluss fassen.

In einem fünften Beratungsgang hatten die Ausschussmitglieder am Mittwochabend im Bürgerhaus Eschhofen versucht, Antworten auf noch offene Fragen zu bekommen. Dafür standen ihnen Diplom-Ingenieur Andreas Schurath vom beauftragten Büro Manns Ingenieure und Dr. Lars Fischer von Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement – zur Verfügung. Zur Entscheidung im Rathaus steht die Frage: Soll die Umgehungsstraße südlich um das Wohngebiet Blumenrod oder auf der so genannten Alttrasse gebaut werden. Ob und wo sie dann letztendlich verwirklicht wird, das entscheidet der Bund, der für Bundesstraßen zuständig ist und das schwere Millionenprojekt finanzieren muss. Voraussetzung für alle weiteren Planchritte ist aber die Aufnahme des Projekts in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans, der 2013 fortgeschrieben wird. „Und wenn wir in diesem Jahr keine Entscheidung mehr treffen, dann fliegen wir aus dem Bundesverkehrswegeplan raus“, machte der Ausschussvorsitzende Gerhard Stamm (CDU) deutlich und fügte vor etwa 50 anwesenden Gegnern hinzu: „wenn gleich das auch der eine oder andere begrüßen würde.“ Zu den wichtigsten noch nicht beantworteten Fragen

gehörte der Vorschlag des FWG-Fraktionsvorsitzenden Werner Laux, die Straße wegen des hohen Grundwasserstandes südlich von Blumenrod einfach höher zu legen. Dadurch könnte die Forderung der Landesregierung, die Straße 4,50 Meter tief einzugraben, die wegen des Grundwassers in eine Wanne gelegt werden müsste und dadurch erheblich teurer würde, einfach umgangen werden, meinte der Straßenbauingenieur. Schurath führte aus, dadurch könnte die über 2,2 Kilometer verlaufende Trogstrecke zwar auf 900 Meter und die Kosten möglicherweise um 30 Millionen Euro auf 71 Millionen Euro reduziert werden. Andererseits müsste das Gelände beidseitig weitflächig modelliert, der hochwertige Lössboden dort später wieder eingebaut werden und ein zusätzlicher Erdeintrag von 270.000 Kubikmeter erfolgen. Dies wiederum könne bis zu fünf Millionen Euro kosten. Die Landwirte müssten entschädigt werden und außerdem werde der Lärmpegel um vier Dezibel subjektiv deutlich lauter, liege aber noch unter den gesetzlichen Grenzwerten, die Schallschutzmaßnahmen erforderlich machten. Jürgen Dumeier, Leiter des städtischen Amtes für Verkehrs- und Landschaftsplanung, stellte fest: „Damit liegen die Kosten immer noch höher als bei der Alttrasse.“ Er warnte davor, diese Trasse südlich von Blumenrod zu befürworten; denn mit der Höherlegung komme das Bauwerk wiederum stärker in das Vogelschutzgebiet hinein „und dort unterliegen wir Europarecht“. Allein schon deshalb müsste man auf diese Variante verzichten. Der SPD-Fraktionschef Pe-

ter Rompf wollte nun von Bürgermeister Martin Richard wissen, ob der Lenkungsausschuss an der Befürwortung der Alttrasse festhalte. Richard: „Dazu kann ich nichts sagen.“ Laux ist der Ansicht, dass die Alttrasse größere Unbekannte habe als die Blumenrod-Südvariante. Denn auch auf der Alttrasse gebe es Wasserprobleme und die Tunnelung werde erhebliche Folgekosten nach sich ziehen. „Ich



werde mich jeder mehrheitsfähigen Variante anschließen, gab Laux bekannt und wies darauf hin, dass der Bund nach der Kosten-Nutzen-Rechnung entscheiden werde. „Wir sind hier nicht in einer Veranstaltung „Wünsch dir was“, betonte Laux und fügte hinzu: „Wenn der Bund kein Geld hätte, wäre es das Schlimmste für Limburg.“ Gemurmel im Zuhörerraum. Sigrid Schmüser (BZL) vertrat die Auffassung des Vereins gegen die Südumgehung, wonach es bei der Südumgehung nicht vorrangig um Limburg geht, sondern um einen Anschluss von Rheinland Pfalz an die A3. Limburg werde von den Nachbarn im Westen getrieben. Zudem seien die von der Trasse tangierten Diezer

Wasserschutzgebiete nicht untersucht worden. Bürgermeister Martin Richard entgegnete, dass Diez zu Beginn der Diskussion keine Umgehung Limburgs haben wollte. Erst als die Aar-Gemeinden ihre Chance für eine Umgehung erkannt hätten, habe sich Rheinland-Pfalz an die Limburger Pläne drangehängt. Jetzt handele es sich um ein gemeinsames Projekt. Schurath stellte klar, dass die Wasserschutzgebiete von Rheinland-Pfälzer Seite sehr wohl untersucht worden seien. Die alles entscheidende Frage stellte nach fünf Sitzungsstunden eine Zuhörerin. Sie wollte von Hessen Mobil wissen, welchen Sinn es mache, wenn Limburg sich für eine andere Trasse entscheiden würde als der Lenkungsausschuss bzw. Hessen Mobil befürworte. Lars Fischer: „Wir werden nicht gegen die Stadt planen. Insofern ist diese Diskussion nicht überflüssig.“ Aus fachlicher Sicht gebe es die Alttrasse als Vorzugsvariante, und beim Baurechtsverfahren zählten auch fachliche Gründe. „Ich möchte ausschließen, dass Stadt und Hessen Mobil zu unterschiedlichen Auffassungen kommen.“ Nach jetzigem Sachstand würde er die Laux-Variante nicht befürworten. Fraktionschef Michael Köberle kündigte für die CDU an: „Wir werden die einzelnen Interessenvertreter noch einmal anhören und mit unserer Basis reden, um auf der sicheren Seite zu sein. Auf Antrag von Peter Rompf wird Hessen Mobil ersucht, zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit den Fraktionen ein exaktes Kostenmanagement zukommen zu lassen. Fischer hat das unter der Voraussetzung zugesagt, sofern der Bund als Kostenträger zustimmt.“